



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 81. Sitzung

Sozialausschuss

19. Wahlperiode - 55. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. Juni 2020, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Jörg Nobis (AfD)
Lars Harms (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Sozialausschusses

Werner Kalinka (CDU) Vorsitzender
Hans Hinrich Neve (CDU)
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
Andrea Tschacher (CDU)
Wolfgang Baasch (SPD)
Bernd Heinemann (SPD)
Birte Pauls (SPD)
Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dennys Bornhöft (FDP)
Claus Schaffer (AfD)
Lars Harms (SSW) i. V. v. Flemming Meyer

Weitere Abgeordnete

Özlem Ünsal (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Auswirkungen der Coronapandemie auf das UKSH	4
	vertrauliche Umdrucke 19/3965 und 19/4087	
2.	Bericht der Landesregierung zu den Personalveränderungen im Vorstand des UKSH	5
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Haushaltswirtschaft der Kommunen	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1779	
	Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Umdruck 19/4146	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/4163	
4.	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung des Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/2043	
	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/3923	
5.	Antrag auf Zustimmung des Landtags nach § 64 Absatz 2 LHO zur unentgeltlichen Veräußerung der alten Dompropstei Ratzeburg an den Kreis Herzogtum Lauenburg	8
	Antrag der Landesregierung Drucksache 19/2195 nicht öffentlicher Umdruck 19/4170	
6.	Verschiedenes	9
7.	Durchführung zusätzlicher Lernangebote in den Sommerferien des Jahres 2020 (Sommer der Möglichkeiten), Titel 0710-534 02	10
	Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zur Freigabe der Mittel Umdruck 19/4168	

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Weber, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird einvernehmlich um Tagesordnungspunkt 7, „Sommer der Möglichkeiten“, Umdruck 19/4168, erweitert.

Finanzausschuss und Sozialausschuss beraten die beiden ersten Tagesordnungspunkte von 10:10 bis 11:30 Uhr gemeinsam in vertraulicher Sitzung (siehe vertraulichen Teil der Niederschrift).

1. Auswirkungen der Coronapandemie auf das UKSH

vertrauliche Umdrucke [19/3965](#) und [19/4087](#)

(dieser Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich und **vertraulich** gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO beraten; siehe vertraulichen Teil der Niederschrift)

2. Bericht der Landesregierung zu den Personalveränderungen im Vorstand des UKSH

(dieser Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich und **vertraulich** gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO beraten; siehe vertraulichen Teil der Niederschrift)

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Haushaltswirtschaft der Kommunen**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1779](#)

(überwiesen am 15. November 2019 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke [19/3483](#), [19/3530](#), [19/3617](#), [19/3633](#), [19/3654](#),
[19/3656](#), [19/3668](#), [19/3669](#), [19/3688](#), [19/3708](#),
[19/3710](#), [19/3711](#), [19/3716](#), [19/3719](#), [19/3721](#),
[19/3732](#), [19/3733](#), [19/3734](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Umdruck 19/4146](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/4163](#)

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mit den Stimmen aller anderen Fraktionen wird der SPD-Änderungsantrag, Umdruck 19/4163, abgelehnt. Der Änderungsantrag der Koalition, Umdruck 19/4146, wird einstimmig angenommen.

Bei Enthaltung der SPD mit den Stimmen aller anderen Fraktionen empfiehlt der Finanzausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Plenum zu empfehlen, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/1779, mit der beschlossenen Änderung anzunehmen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Besoldungsstruktur und zur Einführung des Altersgeldes nach versorgungsrechtlichen Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/2043](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/3923](#)

(überwiesen am 18. März 2020)

hierzu: Umdrucke [19/3923](#), [19/4000](#), [19/4065](#), [19/4075](#), [19/4095](#),
[19/4096](#), [19/4104](#), [19/4106](#), [19/4107](#), [19/4120](#),
[19/4121](#), [19/4122](#), [19/4123](#)

Abg. Plambeck signalisiert im Namen der Koalition Zustimmung zum SPD-Änderungsantrag, Umdruck 19/3923. In dem von der SPD vorgeschlagenen § 61 Absatz 4 (neu) des Landesbeamtengesetzes solle allerdings folgender Halbsatz angefügt werden: „, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen“.

Auf Antrag von Abg. Raudies beschließt der Ausschuss einstimmig, zeitnah eine mündliche Anhörung durchzuführen.

5. Antrag auf Zustimmung des Landtags nach § 64 Absatz 2 LHO zur unentgeltlichen Veräußerung der alten Dompropstei Ratzeburg an den Kreis Herzogtum Lauenburg

Antrag der Landesregierung

[Drucksache 19/2195](#)

[nicht öffentlicher Umdruck 19/4170](#)

Kulturstaatssekretär Dr. Grundei führt in die Vorlagen ein. Ein Verkauf an eine Privatperson zur privatwirtschaftlichen Nutzung komme aufgrund der Historie nicht in Betracht.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 19/2195 mit der Maßgabe anzunehmen, dass in die Vereinbarung noch eine Mehrerlösklausel aufgenommen wird.

6. Verschiedenes

a) Die nächste Sitzung des Finanzausschusses findet am 25. Juni 2020 statt.

b) Der Finanzausschuss diskutiert über die Verschiebung der **Haushaltsberatungen** und die von der Finanzministerin in Umdruck 19/4166 vorgeschlagenen Varianten A, B und C. Gegen die Stimme der AfD beschließt der Finanzausschuss, für das Verfahren der Haushaltsberatungen die vom Finanzministerium vorgeschlagene Variante B mit der Maßgabe vorzusehen, dass die Frist für die Zuleitung der Haushaltsfragen der Fraktionen an die Landesregierung um eine Woche, auf den 30. Oktober 2020, verlängert wird. Der Haushaltsentwurf soll dem Landtag in diesem Jahr nur in elektronischer Form zugeleitet werden; die Fraktionen werden gebeten mitzuteilen, wie viele gedruckte Exemplare des Haushaltsentwurfs sie benötigen und inwieweit sie Bedarf für eine kurze Schulung sehen.

7. Durchführung zusätzlicher Lernangebote in den Sommerferien des Jahres 2020 (Sommer der Möglichkeiten), Titel 0710-534 02

Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zur Freigabe der Mittel

[Umdruck 19/4168](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird nach Tagesordnungspunkt 2 beraten.

Abg. Herdejürgen fragt das Bildungsministerium, ob die Gelder ausreichen, in welchem Maße Lehrkräfte eingesetzt und wie sie vergütet würden, ob diese Ausgaben Teil des Schulbudgets seien, wie viele Angebote von Lehrkräften erteilt würden, um Defizite in den Kernfächern aufzuarbeiten, und wie viele Angebote erweiterte Ferienpassangebote seien. Sie kritisiert, dass aufseiten des Bildungsministeriums noch nicht alle Fragen geklärt seien, die Schulen aber bis morgen Angebote abgeben müssten.

Herr Jürgensen, Haushaltsbeauftragter des Bildungsministeriums, ist optimistisch, dass die Vergütung der Lehrkräfte innerhalb des regulären Lehrkräftebudgets gelingen werde. Es gebe derzeit gut 130 Interessenbekundungen von Schulen, Angebote für den Lernsommer zu machen.

Wissenschaftsstaatssekretär Dr. Grundei weist darauf hin, dass die Schulen nicht nur Lernangebote in Mathe, Deutsch und Englisch, sondern auch im kulturellen Bereich machten.

Abg. Raudies ist nicht bereit, 5 Millionen € freizugeben, solange nicht geklärt sei, wie die Lehrkräfte im Lernsommer bezahlt würden und ob die im Nachtragshaushalt eingeplanten Bundesmittel von 5 Millionen € flössen.

Abg. Harms geht davon aus, dass Lehrkräfte keine Extravergütung erhielten, und fragt, ob es eine neue Konzeption gebe und in welcher Höhe die Haushaltsmittel tatsächlich benötigt würden.

Abg. Krämer weist darauf hin, dass auch Lehramtsstudierende eingesetzt würden.

Staatssekretär Dr. Grundei hebt das gemeinsame Ziel hervor, Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, coronabedingte Lernrückstände aufzuarbeiten. Alle Beteiligten unternehmen in kürzester Zeit große Anstrengungen, und der Lernsommer solle später evaluiert werden.

Herr Jürgensen geht davon aus, dass die Summe von 5 Millionen € nicht in Gänze benötigt werde, weil sich nicht alle Schulen am Lernsommer beteiligten. An der schwierigen Frage der Vergütung der Lehrkräfte werde weiter mit Hochdruck gearbeitet.

Abg. Herdejürgen kritisiert, dass der Finanzausschuss über die Freigabe von Mitteln entscheiden solle, ohne dass das Bildungsministerium die offenen Fragen beantworten könne.

Finanzministerin Heinold bekräftigt das Ziel, in den Sommerferien Angebote zu machen, um Kindern beim Lernerfolg oder beim sozialen Nachholbedarf weiterzuhelfen. Sie wirbt dafür, das Projekt durch eine Freigabe der Mittel zu ermöglichen, auch wenn in der Kürze der Zeit nicht alle Fragen geklärt werden könnten. Sie schlägt vor, dass die Landesregierung die offenen Fragen zum Lernsommer schriftlich beantworte und die Spitze des Bildungsministeriums in der nächsten Ausschusssitzung das Projekt und die Rahmenbedingungen noch einmal erläutere.

Abg. Raudies erinnert daran, dass die gleichen Fragen in der letzten Woche im Bildungsausschuss gestellt worden seien und sich die Bildungsministerin zu dem Thema gerade vor der Presse äußere. Sie schlägt vor, nur 1 Million € freizugeben, weil diese Summe für 130 teilnehmende Schulen ausreiche. - Abg. Harms unterstützt den Vorschlag, heute nur einen Teil der Gelder freizugeben.

(Sitzungsunterbrechung von 12:25 bis 12:35 Uhr)

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung werben die Abgeordneten der Koalition für die Freigabe der 5 Millionen €, um die Umsetzung des Lernsommers nicht zu gefährden, mit dem coronabedingte Nachteile für Kinder ausgeglichen werden sollten.

Demgegenüber ermutigt Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer den Finanzausschuss, die Beschlussfassung erst dann vorzunehmen, wenn die erbetenen und notwendigen Informationen vorlägen.

Abg. Koch entgegnet, dass das Konzept für den Lernsommer vorliege und im Bildungsausschuss am 4. Juni 2020 beraten worden sei. Die genauen Kosten hingen von der Zahl der teilnehmenden Schulen und der Ausgestaltung der einzelnen Programme ab. Es bestehe kein Haushaltsrisiko für das Land, weil Haushaltsmittel, die nicht benötigt würden, gar nicht erst abfließen.

Ministerin Heinold macht darauf aufmerksam, dass mit der Vorlage des Konzepts (Umdruck 19/4136) die Entscheidungsgrundlage vorliege.

Staatssekretär Dr. Grundei geht davon aus, dass die Zahl der Angebote noch zunehmen und eine Summe von 1 Million € daher nicht ausreichen werde.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung von SPD und SSW stimmt der Finanzausschuss der vom Bildungsministerium mit Umdruck 19/4168 beantragten Mittelfreigabe in voller Höhe zu. Die Landesregierung sagt zu, die aufgeworfenen Fragen schriftlich zu beantworten und in der nächsten Sitzung über den aktuellen Sachstand zu berichten.

Abg. Raudies mahnt die Vorlage der von der Landesregierung zugesagten Information an, wie die zusätzlichen Mittel des Digitalpakts auf die Schulträger verteilt würden.

Der Finanzausschussvorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 13:40 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer